Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 530. Abendblatt. Dienstag den 12 November. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 11. November. Das Staatsministerium ist gegenwärtig mit den Vorarbeiten für den Landtag, namentlich mit der Abfassung der Thronrede beschäftigt, weshalb auch einige Mitglieder den Einladungen zur Königlichen Jagd in Letzlingen nicht haben Folge leisten können. — Die Frage wegen der Aufhebung der Zeitungsstempelsteuer und der Ersetzung derselben durch eine Inseratensteuer findet in den Zeitungen eine lebhafte Besprechung. Die größern Blätter erklären sich gegen die Inseratensteuer, allerdings meist deshalb, weil man die Form und die Höhe derselben und somit auch den Einfluß nicht kenne, den sie auf das Zeitungsgeschäft üben werde. Schließlich kommen sie natürlich zu der Ansicht, daß die eine Steuer so schlimm wie die andere sei. Daß die Regierung bereits beschlossen habe, Abstand von der Einbringung des betreffenden Gesetzentwurfs zu nehmen, ist nicht richtig. Der frühere Beschluß der Regierung ist vielmehr aufrecht erhalten, daß am 18. d. M. eine Berathung über die Abänderung der Steuer zwischen Kommissarien der betheiligten Ressortminister und Sachverständigen gepflogen werden soll. Sollten die Gutachten der Sachverständigen in gleichem Sinne wie die obenerwähnten Zeitungsartikel ausfallen, dann ist allerdings anzunehmen, daß die Regierung auf ihren Aenderungsplan verzichten und den status quo bis auf Weiteres aufrecht erhalten wird. — Das in den Zeitungen wiederholt auftauchende Gerücht, daß der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes ausgearbeitet sei und dem Landtage zur Beschlußnahme werde vorgelegt werden, ist auch jetzt noch unbegründet oder doch jedenfalls verfrüht. — Der Staats-Anzeiger enthält eine amtliche Uebersicht über die Wahlergebnisse, durch welche unsere frühern Angaben, namentlich auch was die Parteigruppirung betrifft, bestätigt werden. Die konservative Partei hat einen großen Zuwachs und die alte Opposition eine große Reduktion erfahren. Die „Zukunft" beruhigt sich damit, daß ihre Partei im Bunde mit den Dänen, Partikularisten und Ultramontanen ein Gesammt-Kontingent von 100 Mann stellen werde. Die Anrufung dieser Bundesgenossenschaft von Seiten der Fortschrittspartei wird hoffentlich nicht nur ein neues Licht auf das Treiben dieser Partei werfen, sondern auch die Kluft erweitern, welche die National-Liberalen bereits von den Leuten der „Zukunft" und der „Volkszeitung" trennt. — Die Annahme, daß einige Bevollmächtigte der Postkonferenz in voriger Woche nach der Heimath gereist seien, um neue Instruktionen zu holen, bestätigt sich nicht; einzelne derselben haben nur einen Ausflug nach Hamburg in persönlichen Angelegenheiten gemacht. Der Fall, daß sich einzelne Bevollmächtigte von ihren Regierungen Instruktionen erbeten haben, ist öfter vorgekommen, hat jedoch den Fortgang der Arbeiten nicht aufgehalten. Dieselben sind vielmehr bereits so weit gediehen, daß der Schluß der Konferenz binnen 14 Tagen erfolgen wird. — Dem Vernehmen nach hat die Regierung eine Summe von 500,000 Thlr. zur Erleichterung der Nothstände in der Provinz Preußen ausgesetzt. — Der Geh. Ober-Regierungsrath Oppermann ist aus Schlesien, wohin er wegen der Rinderpest gesandt war, hierher zurückgekehrt. Der Ausbruch der Rinderpest daselbst ist so schlimm, wie ihn Preußen in den letzten 50 Jahren kaum gehabt hat. Der Verlust an Rindvieh beläuft sich bereits auf 100 Stück, das theils der Krankheit erlegen, theils aus Vorsicht getödtet worden ist. Die Infektion erstreckt sich auf mehrere Kreise, am stärksten ist der Kreis Ratibor davon betroffen, wo mehr als 20 Ortschaften unter dem Ausbruch der Seuche leiden. Die militärischen Maßregeln zur Besetzung der österreichischen Grenze und der Abschließung der von der Seuche heimgesuchten Ortschaften und Höfe sind sehr umfangreich. Es sind 12 Bataillone zur Verwendung gekommen. Der an verschiedenen Orten vorgekommene Ausbruch der Seuche ist dadurch herbeigeführt worden, daß man einen ausgedehnten Schmuggel mit Vieh aus Oesterreich etablirt hatte und mit dem Vieh diejenige Grenzstrecke umging, die von Preußen abgesperrt war, so daß also an verschiedenen Orten krankes oder infizirtes Vieh eingeführt worden ist. Jetzt ist ein militärischer Kordon entlang der ganzen österreichischen Grenze gezogen.

Berlin, 11. November. Se. Majestät der König ließ sich am Sonntage während der Fahrt von Berlin nach Halberstadt vom Ministerpräsidenten Graf Bismarck Vortrag halten. — Am Montag wurde in der Letzlinger Forst die erste Hofjagd abgehalten und konferirte hierauf Se. Majestät der König mit dem Premier Graf Bismarck und ertheilte Audienz. Bei dem Diner erschien der von Weimar eingetroffene Großherzog zu Sachsen und außerdem hatten einige Grundbesitzer aus der Umgegend Einladungen erhalten.

— Se. Majestät der König wird am 15. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, im Weißen Saale des hiesigen Schlosses, im Beisein der Königlichen Prinzen, die beiden Häuser des Landtags in Person eröffnen. Mittags 1½ Uhr findet für die evangelischen Mitglieder in der Schloßkapelle Gottesdienst durch den General-Superintendenten Dr. Hoffmann statt.

— Das Staatsministerium trat heute Mittag 1 Uhr unter dem Vorsitz des Finanzministers Freiherrn v. d. Heydt zu einer Sitzung zusammen.

— Der bekannte Reisende Gerhard Rohlfs wird sich im Auftrage und auf Kosten Sr. Maj. des Königs nach Massowah begeben, um sich der englischen Expedition nach Abyssinien als wissenschaftlicher Beobachter anzuschließen. Die dazu von der großbritannischen Regierung erforderliche Erlaubniß ist ihm durch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mittels der Königl. Botschaft in London erwirkt worden. Herr Rohlfs hatte die Ehre, von Sr. Majestät dem Könige empfangen zu werden, und hatte hernach auch Audienz bei Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen in Potsdam.

— Von dem Justizminister wird, wie wir hören, in Verbindung mit dem Kriegsministerium ein Gesetz wegen Todeserklärung der aus den Kriegen von 1864 und 1866 noch Vermißten zur Vorlegung an den Landtag vorbereitet. Bekanntlich ist ein solches Gesetz nach jedem größeren Kriege erlassen und es soll auch die Zahl der jetzt noch Vermißten nicht unbedeutend sein.

— Zur Erlangung einer Grundlage für die Vereinbarungen mit den hier anwesenden Vertretern der österreichischen und süddeutschen Postverwaltungen hat, wie die „N. P. Z." meldet, das Königl. General-Postamt für die Zeit vom 12. bis einschließlich den 21. d. Mts. statistische Ermittelungen bei allen Postanstalten des norddeutschen Bundesgebietes angeordnet. Dieselben umfassen den gesammten Briefpostverkehr mit Ausschluß der portofreien Korrespondenz und der Postanweisungen, sowohl der im Bundesgebiete aufgelieferten und innerhalb desselben verbleibenden, als auch der nach Oesterreich, Baiern, Würtemberg und Baden gerichteten Sendungen einerseits und der in den vorbezeichneten Staaten aufgelieferten Briefpostsendungen andererseits, welche nach Orten des norddeutschen Bundesgebietes bestimmt sind.

— Im norddeutschen Bunde sind bekanntlich die Regierungen und die große Majorität des Reichstages einig gewesen, daß den früher reichsständischen, jetzt mediatisirten fürstlichen und gräflichen Häusern die Freiheit von der allgemeinen Wehrpflicht verbleiben müsse, welche ihnen durch die Wiener Verträge von 1815 zugesichert ist, und der §. 1 des vereinbarten Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste enthält deßhalb eine ausdrückliche Bestimmung darüber. Auch die baierische und die badische Regierung theilen diese Anschauung, indem die von ihnen den Stände-Versammlungen vorgelegten Entwürfe für neue Heeresgesetze die Exemtion der Standesherren fortbestehen lassen. Die würtembergische Regierung dagegen, welche von jeher den Standesherren wenig geneigt gewesen ist, hat die Fortdauer dieser Exemtion für „unvereinbar mit dem Prinzipe der allgemeinen Wehrpflicht" erklärt und daher in dem von ihr ausgehenden Heeresgesetz-Entwurfe nur eine Befreiung zu Gunsten der Prinzen des Königlichen Hauses anerkannt. Es muß dies umsomehr Aufmerksamkeit erregen, als man daraus entnehmen muß, daß die würtembergische Regierung sich für ermächtigt hält, alle den mediatisirten Häusern durch völkerrechtliche Verträge gegebenen Vorrechte im Wege der Territorial-Gesetzgebung zu beseitigen, und daß also selbst die Autonomie und die zur Erhaltung dieser Häuser so wesentlich nöthigen Primogenitur-Ordnungen angegriffen werden können.

— Exkönig Georg macht der Regierung immer noch viel zu schaffen, in diesem Augenblick, nachdem die Entschädigungsfrage geregelt ist, ist es die braunschweigische Erbfolge, welche vorzugsweise die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Preußen hat von jeher Anspruch auf die Erbfolge in Braunschweig erhoben, und es wird denselben jetzt gewiß nicht fallen lassen, wo die Erbfolge Preußens das einzige Mittel ist, um die Wiederfestsetzung der Welfen-Dynastie in Norddeutschland zu verhindern. Es werden deßhalb in Braunschweig eifrige Anstrengungen gemacht, um eine Erklärung der braunschweigischen Regierung in der braunschweigischen Kammer zu provociren; ob mit Erfolg, das wird sich sehr bald zeigen.

Kassel, 11. November. Die hier tagende General-Versammlung des Nationalvereins hat über die von dem Verein aufgebrachten Flottengelder in folgender Weise verfügt: Der Marineverwaltung des norddeutschen Bundes werden 106,580 Fl. überwiesen; die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger erhält 2000 Thlr.; der deutschen Seemannsschule in Hamburg sind 1000 Thlr. zuerkannt; 500 Thlr. erhält der deutsche Rechtsschutzverein in London. Sodann wurde die Auflösung des Vereins beschlossen. Ein Ausschuß von zwölf Mitgliedern soll die Bestimmung über die noch verfügbaren Mittel des Vereins haben.

Frankfurt a. M., 11. November. Der Gasdirektor Schiele hat sein Mandat als Landtagsabgeordneter abgelehnt, weil ihm Seitens des Verwaltungsrathes der Frankfurter Gasgesellschaft der erforderliche Urlaub verweigert wurde.

Altona, 10. November. Nach der „Flensb. Nordd. Ztg." wird als Mitglied für das Herrenhaus wahrscheinlich unser Bürgermeister, Etatsrath von Thaden, präsentirt werden.

Aus Mecklenburg, 9. November. Mit Rücksicht auf die Wirkungen des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit werden dem „Mecklenburger Anzeiger" zufolge auf dem diesjährigen Landtage den Ständen Vorlagen gemacht werden, durch welche die bisherigen Bedingungen des Heimatserwerbs abgeändert und ein Theil der Armenlasten auf größere Bezirke übertragen werden sollen, wodurch man die besonders die kleineren Städte bedrohenden Nachtheile abzuwenden strebt. Zugleich sollen Bestimmungen über Erleichterung in den bisherigen Bedingungen der Verheirathung den Ständen vorgelegt werden. Man bezweckt damit, wie das ministerielle Blatt bemerkt, die Uebelstände zu beseitigen, die zum Theil schon jetzt vorliegen, die sich aber zu vergrößern drohen, wenn in dieser Beziehung nicht bald eine Annäherung an die Berechtigungen der Unterthanen der übrigen Bundesstaaten herbeigeführt wird.

Karlsruhe, 9. November. Die erste Kammer nahm heute das Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister an. Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes sind: 1) das Anklagerecht steht ausschließlich der zweiten Kammer zu; 2) die Anklage kann gerichtet werden gegen die Minister und die oberste Staatsbehörde; 3) die Anklage kann nicht nur wegen wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit begangener Verfassungsverletzung, sondern auch in dem Falle erhoben werden, wenn die Verfassungsverletzung in Folge einer irrthümlichen Ansicht, oder zwar mit Bewußtsein, aber in guter Absicht begangen ist; 4) die einzige Strafe ist die Entfernung aus dem Staatsdienste: dieselbe tritt jedoch nur in den beiden ersten Fällen der Nr. 3 ein; in den beiden letzten Fällen soll im Interesse der Rechtssicherheit das geschehene Unrecht „nur konstatirt werden"; 5) der kompetente Gerichtshof ist die erste Kammer, verstärkt durch Mitglieder aus den obersten Richterklassen.

Augsburg, 11. November. Der offiziöse Berliner Korrespondent der „Augsb. Allg. Ztg." schreibt, daß Preußen eine Konferenz in der römischen Frage nur dann beschicken werde, wenn die päpstliche Kurie selbst wünsche, vor das Forum eines europäischen Kongresses gestellt zu werden; erst wenn dieselbe ihre Forderungen formulirt, wenn Frankreich und Italien bestimmte Stellungen eingenommen hätten, sei der Augenblick nahe gerückt, die wichtige Frage zu erörtern.

Ausland.

Wien, 11. November. Das „Tagblatt" meldet über die Unterhandlungen des Kriegsministeriums mit Ungarn: „Das Kriegsministerium hat das ungarische Kabinet aufgefordert, für die Landesvertheidigung pro 1868 eine außerordentliche Rekrutirung von 47,000 Mann bei dem Landtage durchzusetzen. Das ungarische Ministerpräsidium erklärte sich bereit, die Forderung der gewöhnlichen Rekrutirung im Belaufe von 20 — 25,000 Mann beim Landtage einzubringen, eine Rekrutirung von 47,000 Mann aber nur dann zu befürworten, wenn die politische Lage des Staates eine solche militärische Machtentfaltung dringend erfordere. Das ungarische Ministerium bringt übrigens die Bildung einer eigenen ungarischen Landwehr und die Auflösung des Ofener General-Kommandos in Vorschlag.

Wien, 11. November. In der heutigen Sitzung des Ausgleichungs-Ausschusses erklärte der Finanzminister, daß fernerhin die Ueberschreitungen des Budgets gänzlich vermieden sein würden, und daß alle Aussicht zur Regelung der Finanzlage des Reiches vorhanden sei, worüber er bei der Verhandlung des nächsten Budgets einen detaillirten Plan vorlegen werde. Der Finanzminister betonte weiter, daß die Verantwortlichkeit der Minister und die Entwickelung eines echt konstitutionellen Budgets die beste Garantie für die Wiederherstellung der Finanzen biete. — Nach der „Wiener Korrespondenz" gedenkt der Erzherzog Ludwig Viktor in Begleitung des Generalmajors Piret demnächst eine Reise nach Spanien anzutreten.

Bern, 11. November. Der Bundesrath hat die Errichtung eines schweizerischen Konsulats in Alexandrien (Egypten) beschlossen, und die Postverträge mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, betreffend direkte Postsendungen und Postanweisungen, genehmigt.

Genf, 11. November. Bei den gestrigen allgemeinen Wahlen für den Staatsrath haben die Independenten einen vollständigen Sieg errungen. Die Radikalen haben nicht einen ihrer Kandidaten durchgesetzt. Auch James Fazy ist nicht gewählt worden. Die Ruhe wurde in keiner Weise gestört.

Haag, 11. November. Der Minister des Innern, Herr v. Heemskerk, ist interimistisch mit dem Justizministerium an Stelle des verstorbenen Herrn Borret betraut.

Paris, 11. November. Der „Etendard" sagt, daß alle europäischen Staaten eine der Konferenz in der römischen Frage günstige Gesinnung ausgedrückt hätten und in Folge dessen die Regierung eine förmliche Einladung dazu selbst an die kleinen Staaten erlassen habe. Heute sei das Circular des Marquies de Moustier an England, Preußen, Rußland, Oesterreich, Sachsen, Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen, Schweden und Norwegen, Dänemark, Belgien Holland, Spanien, Portugal und die Schweiz abgegangen. — Die „France" spricht ebenfalls von der bereits erfolgten Absendung der Einladung zur Konferenz. — Der Botschafter Frankreichs beim päpstlichen Stuhle, Marquis de Sartiges, wird sich morgen nach Rom begeben. — In Bezug auf die Hülfe, welche das italienische Gouvernement den bei der römischen Expedition Verwundeten und den Familien der Todten gewährt hat, sagt die „Patrie": „Die Mildthätigkeit kennt keinen Unterschied der Fahne." — Der „Etendard" sagt, daß das von dem „Constitutionnel" angekündigte Pamphlet „Napoleon III. und Europa im Jahre 1867" lediglich die Arbeit einer Privatperson sei. — Eine neue Division gepanzerter Schiffe wird jetzt in Toulon gebildet.

— „France" bestätigt die Nachricht über die Berufung einer Konferenz. Dasselbe Blatt meldet, daß Mazzini sich in Lugano befinde und von dort Manifeste und Proklamationen an die Revolutionspartei in Italien und Waffen an seine Agenten versende.

— Am 18. d. treten die Kammern in Paris, am 26. d. in Florenz zusammen, und die parlamentarischen Aktenstücke, wenn nicht das Pikanteste unterdrückt wird, werden viel von sich reden machen und, wie die Franzosen behaupten, lehren, wie vortrefflich die französische Regierung über die italienischen Vorgänge unterrichtet war. Dies kann man sonst nicht immer von der französischen Diplomatie sagen. Merkwürdige Dinge bekommt man jetzt von der Interventions-Partei zu hören, um den Kaiser zu bewegen, legitimistische Politik zu machen, obgleich sein Oheim Bonaparte hieß. Wie Richelieu, „Minister der allerchristlichsten Majestät und selbst Kirchenfürst", sich mit den Protestanten in Deutschland verband, um das Haus Oesterreich zu bedrängen, und doch keine protestantische Politik, sondern National-Politik trieb, indem er ein großes und nützliches Ziel verfolgte, die moralische Präponderanz unseres Landes (Frankreich) im Rathe Europas, so soll Frankreich jetzt in Rom sein Schwert aufpflanzen für die weltliche Papstmacht und „doch keine klerikale Politik üben, sondern die nationale Politik, daß es „an der Spitze der Christenheit den Platz behauptet, der ihm gebührt." Dies ist das Programm jener Partei, deren Hauptsprecher die „France" ist. Also: der Papst bleibt weltlicher Herrscher unter Frankreichs Schwerte, das, indem dieses über dem Haupte des heiligen Vaters schwebt, den heiligen Stuhl zum Schemel seiner Präponderanz in Europa machen will .... Aufrichtig ist das allerdings gesprochen; die Italiener werden sich das

merken; Was Menabra anbetrifft, so will er, wenn die „Italie" gut unterrichtet ist, über eine definitive Lösung der römischen Frage erst ernstlich unterhandeln, wenn der status quo hergestellt und der französische Einfall in den Kirchenstaat so gut aufgehört hat, wie der italienische. — „Die französischen Truppen", erklärt das italienische offiziöse Blatt, „haben keinen Grund mehr, in Rom zu bleiben; erst wenn sie fort sind, kann die römische Frage auf diplomatischem Wege gelöst werden, sei es durch eine europäische Konferenz, sei es, daß Frankreich und Italien einander allein gegenüber bleiben; Italien hat, indem es seine Truppen zurückzog, weder auf seine Rechte, noch auf seine Ansprüche verzichtet; die Frage bleibt vollständig und die Lösung unvermeidlich."

Italien. Die Abschieds-Proklamation, welche Garibaldi erlassen, lautet wie folgt: „An die Italiener! Die Kaiserliche und Königliche Intervention auf Römischem Gebiete hat unserer Mission ihr eigentliches Ziel genommen: die Befreiung Roms. Demgemäß verfügten wir, heute uns vom Kriegsschauplatze zurückzuziehen, indem wir uns an die Appenninen lehnen. Doch das Päpstliche Heer, der Ueberwachung Roms gänzlich ledig, vertrat uns mit allen seinen vereinigten Kräften den Weg. Wir wurden genöthigt, uns zu schlagen, und in Anbetracht unserer Stellung wird es Niemand bedenklich finden, daß wir Italien keinen neuen Triumph zu verkünden haben. Die Päpstlichen haben sich mit sehr großen Verlusten vom Schlachtfelde zurückgezogen, und auch wir haben einen beträchtlichen Verlust zu beklagen. Nun wollen wir uns als Zuschauer der Lösung verhalten, welche unser Heer und das Französische dem Römischen Probleme geben werden. Sollte sich diese Lösung nicht dem Wunsche der Nation entsprechend vollziehen, so wird das Land wohl in sich selbst neue Kraft finden, um die Initiative zu ergreifen und über die vitalste Frage selbst zu entscheiden." Das Datum ist Mentana, 3. November 1867. Also nach dem Gefecht und vor der Gefangennehmung geschrieben; aus dem Französischen Schlachtbericht ergiebt sich, daß Mentana erst am 4. November kapitulirte.

Florenz, 11. November. Aus Rom hier eingegangene Briefe wollen wissen, daß Frankreich die Okkupationsarmee noch immer vermehre. Auch die Sendungen von Kriegsmaterial dauerten fort. Die italienische Regierung trifft Maßregeln, um die Flotte in dienstfähigen Stand zu versetzen.

— General Garibaldi ist zur Disposition gestellt; das Parlament soll über die Zulässigkeit eines Verfahrens gegen ihn entscheiden. — Der König hat eine Verordnung unterzeichnet wonach ein Kredit von 50,000 Lires zur Unterstützung der in der römischen Bewegung Verwundeten, sowie der Wittwen und Waisen der Gefallenen eröffnet werden soll.

Rom, 9. November. Der Verkehr auf der Eisenbahn zwischen Rom und Neapel ist für Personen und Güter wieder hergestellt. — Die spanische Fregatte „Villa de Madrid" hat Civita-Vecchia verlassen. — Das französische Transportschiff „Orinocque" ist heute eingetroffen. — 2000 Franzosen haben Sabiaco und Arsoli besetzt; die Garibaldianer, welche diese Distrikte inne hatten, haben sich auf neapolitanisches Gebiet begeben und ihre Waffen niedergelegt.

London, 9. November. Von Plymouth aus berichtet man von neuen Brotkrawallen, die in Barnstaple stattgefunden. Es wurde wieder der gewöhnliche Unfug verübt, Bäckern und Metzgern die Fensterscheiben zertrümmert und ein Angriff auf eine Mühle gemacht. Einige der Anstifter wurden verhaftet und die nöthigen Maßregeln getroffen, um ähnliche Auftritte zu verhüten. Zu gleicher Zeit trifft die Nachricht von zwei Grubenunfällen ein. In Hetton, Grafschaft Durham, gerieth eine Kohlengrube in Brand und 200 Arbeiter entrannen nur mit genauer Noth durch einen Nebeneingang in eine andere Grube, und aus News-Monmouthshire telegraphirt man, daß dort ebenfalls eine Grube in Feuer steht, und man befürchtet, von 300 Personen im Innern derselben nur Wenige retten zu können.

London, 10. November. Bei dem gestern stattgehabten Bankett zur Feier des Amtsantritts des Lord Mayors sagte der Schatzkanzler Disraeli, daß die Gesinnungen Europas im Allgemeinen England günstig seien, daß vollkommenes Vertrauen herrsche und daß der Staatsschatz gefüllt sei.

Warschau, 10. November. Der König und die Königin von Griechenland sind um 4 Uhr Nachmittags hier eingetroffen und von dem Statthalter sowie den obersten Militär- und Civilbehörden am Bahnhofe empfangen worden. Das Regierungsgebäude, in welchem die Königlichen Herrschaften ihr Absteigequartier nahmen, war mit russischen und griechischen Flaggen geschmückt. Heute Abend wird die Stadt illuminirt sein.

Newyork, 31. Oktober. Die Wahlen der Delegirten zur Konvention von Georgien nehmen ihren ruhigen Fortgang. Die Radikalen versprechen sich eine sehr große Majorität. — Die Republik Sankt Domingo hat Haiti den Krieg erklärt.

Pommern.

Stettin, 12. November. In der gestrigen Monats-Versammlung des Stettiner Gartenbau-Vereins erstattete Herr Haffner, welcher bekanntlich zur Ausstellung des pomologischen Vereins in Reutlingen deputirt gewesen ist, seinen Reisebericht, dem wir Folgendes entnehmen: Die Obstbaumzucht in Süddeutschland umfaßt besonders Aepfel, Birnen, Pflaumen und Wallnüsse, weniger Kirschen. In der Gegend von Heidelberg findet man auch echte Kastanien. Auf der Ausstellung selbst war sehr vieles und sehr schönes Obst vorhanden; das beste aus Bautzen und Frankreich. Von Weintrauben war wenig ausgestellt, dagegen aber schöner Hopfen. In der Umgegend von Reutlingen findet man bis 20' hohe Exemplare edler Coniferen, als Wellingtonia, Cryptomeria, Cupressus, so wie bis 30' hohe Thujopsis, Araucaria, Pinus Nordmannii u. s. w. im Freien. Auf der Feldmark von Reutlingen sind 80,000 Obstbäume angepflanzt, von denen die Bauern jährlich bis 12,000 Scheffel Obst auf den Markt zu R. bringen, das größten Theils zu Obstwein verarbeitet wird, welcher die Stelle des dort ganz fehlenden Biers vertritt. Schließlich erwähnte Redner noch des Oculirens von Fruchtreisern mittelst des sogenannten T-Schnittes in starke Aeste aller Bäume im Monat September, die dann schon im nächsten Jahre tragen; auf diese Weise macht man die kahlen Stellen der Aeste nutzbar und zieht oft 10—12 Sorten Aepfel oder Birnen an einem Baume. — Vom Gärtner des Konsuls Kisker, Hrn. Liske, war ein schönes blühendes Exemplar von Lapageria rosea (einer schönen Schlingpflanze, die sich durch Absenken der Ranken in Moorerde mit etwas Lehm leicht vermehren läßt) ausgestellt, wofür ihm eine Geldprämie zuerkannt wurde. — Das vom Grafen Krassow von der Ausstellung für den Verein überlassene Kartoffelsortiment ist Hrn. Dr. Dohrn zur Kultivirung überwiesen, um zu ermitteln, welche Sorten davon für die hiesige Gegend die geeignetsten sind. Die Ernte davon soll theilweise den Vereinsmitgliedern zu Gute kommen. Schließlich referirte Hr. Linke, nach dem ihm in voriger Sitzung gewordenen Auftrage, über den Inhalt der neuesten Fachblätter. Der Vortrag enthielt größten Theils für Fachmänner schon Bekanntes oder für Gartenfreunde ohne Beistand der Ersteren nicht Ausführbares. Einzelne Mittheilungen wurden sogar von den Fachleuten als nicht stichhaltig bestritten. Hervorzuheben ist daraus, daß man Bäume nicht unmittelbar am Stamm begießen soll. Aus Köln wird berichtet, daß der Genuß von Spinat, der bereits in Samen geschossen gewesen, vergiftend gewirkt habe. Um von Erbsen und Bohnen möglichst lange ernten zu können, soll man keine Schoote ganz auswachsen lassen, in Folge dessen strebt die Pflanze immer neue Früchte anzusetzen. Als Forstbaum wird der Anbau von Quercus coccinea empfohlen, die in 60 Jahren schöne gerade 2' dicke Stamme liefern und eine sehr gerbestoffreiche Rinde besitzen soll. — Um Kirschen längere Zeit in frischem Zustande aufzubewahren, soll es gut sein, wenn man sie in hermetisch verschlossene Flaschen bringt und diese 3—4' tief in trockene Erde vergräbt. — Zur gründlicheren Beantwortung eingehender Fragen wurde beschlossen, dieselben künftig den Sachverständigen zur Erörterung für die jedesmalige nächste Sitzung zu überweisen.

— Das im heutigen Morgenblatt erwähnte Feuer war auf bisher nicht ermittelte Weise in dem aus Fachwerk erbauten, zwei Etagen hohen Stallgebäude des Sprengerschen Grundstücks Rosengarten 39 in einem Raume ausgebrochen, der zur Aufbewahrung von Holzabgängen und Handwerkszeug des Tischlermeisters Lewandowsky diente. Auch das Dach des Gebäudes wurde vollständig vom Feuer zerstört.

— Am 9. Abends ist der Schiffskoch Olsen aus Bergen von dem bei der 30. Waage liegenden norwegischen Schiffe „Viregu", Kapt. Gondersen, heimlich entwichen. Ein zur Besatzung jenes Schiffes gehöriger Matrose machte bald nachher die Entdeckung, daß ihm aus seiner Kiste ein Beutel mit 28 Thlr. gestohlen sei. Muthmaßlich hat O. vor seiner Entweichung diesen Diebstahl verübt.

— Wie die „N. St. Z." hört, schwebt gegenwärtig vor dem hiesigen Kreisgerichte ein für die prinzipielle Stellung der Schiedsmänner nicht unwichtiger Prozeß. Veranlassung zu demselben giebt folgender Vorfall: Bei einem hiesigen Schiedsmann war eine Injurienklage anhängig gemacht worden, in Folge dessen der Schiedsmann Kläger und Verklagten zu einem Sühneversuch vorschriftsmäßig zu sich beschied. Da zu diesem Termin nur der Verklagte erschien, so wurde ein fernerer Termin anberaumt, in welchem zwar der Kläger, indessen nicht der Verklagte erschienen war. Der Schiedsmann nahm den Vorfall zu Protokoll und gab dem Kläger eine Bescheinigung, daß eine Einigung nicht zu Stande gekommen sei. Hiernach beschritt der Kläger den Rechtsweg und der Verklagte wurde in erster Instanz wegen Injurien verurtheilt, doch sprach ihn das Appellationsgericht frei, weil er den Einwand gemacht hatte, er sei zu dem Sühneversuch nicht vorgeladen, da seine Ehefrau bei seiner Abwesenheit vom Hause die Annahme der Vorladung verweigert und der Bote sie wieder mitgenommen habe. Aus diesem formellen Grunde wurde Kläger abgewiesen und ihm die Prozeßkosten im Betrage von 23 Thlr. 12 Sgr. auferlegt. Kläger verlangt nun Schadloshaltung durch den Schiedsmann, indem er geltend macht, das dieser, da er den Verklagten angeblich nicht ordnungsmäßig nicht vorgeladen habe, als „Beamter" sein Versehen vertreten und den Betrag der gezahlten Kosten, ihm, dem Kläger, ersetzen müsse. Es handelt sich demnach um die prinzipielle Stellung eines Schiedsmannes, ob er zu den richterlichen Beamten, im Sinne der Theil II. Tit. 10 des Allgemeinen Landreches erwähnten Staatsdiener gehört und mit diesen gleiche Pflichten, insbesondere auch bezüglich der Vertretung seiner Handlungen als Schiedmann habe. Der betreffende Schiedsmann behauptet, zu den nichtrichterlichen Beamten zu gehören und weigert sich, Schadenersatz zu leisten.

— Betriebs-Einnahmen: I. der Stammbahn Berlin-Stettin-Stargard: im Monat Oktober 1867 185,021 Thlr., im Monat Oktober 1866 158,535 Thlr., mithin im Monat Oktober 1867 mehr 26,486 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 mehr 93,197 Thlr.; II. der Zweigbahn Stargard-Cöslin-Colberg: im Monat Oktober 1867 35,264 Thlr., im Monat Oktober 1866 34,626 Thlr., mithin im Monat Oktober 1867 mehr 638 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 weniger 53,550 Thlr.; III. der Vorpommerschen Zweigbahnen: im Monat Oktober 1867 46,701 Thlr., im Monat Oktober 1866 50,170 Thlr., mithin im Monat Oktober 1867 weniger 3469 Thlr., überhaupt im Jahre 1867 gegen 1866 mehr 28,997 Thlr.

— Die Bezirks-Regierungen sind vom Kultus-Minister veranlaßt worden, die Lehrer ihres Verwaltungs-Bezirks auf ein im Verlage von Velhagen und Klasing (Bielefeld und Leipzig) soeben erschienenes Buch über den französischen Schulunterricht aufmerksam zu machen und die Anschaffung desselben, namentlich für die Lesezirkel der Lehrer, zu empfehlen. Es führt den Titel: „Die Volksschule und die Schullehrer-Bildung in Frankreich; dargestellt und mit den entsprechenden Verhältnissen des preußischen Schulwesens verglichen von Dr. Schneider, königl. Waisenhaus- und Seminar-Direktor in Bunzlau." In der bezüglichen Ministerial-Verfügung ist hervorgehoben, daß, abgesehen von dem Interesse, welches die Kenntniß der französischen Zustände auf diesem Gebiete an und für sich gewährt, die unternommene Vergleichung mit den diesseitigen Verhältnissen beachtenswerthe Auffassungen über die Volks- und Lehrer-Bildung in Preußen darbietet.

— Die obere Beaufsichtigung in den Artillerielaboratorien der Armee fand bisher durch dazu vorübergehend abkommandirte jüngere Offiziere aus den Festungs-Artillerie-Regimentern statt. Zukünftig sollen zu solchen Kommando's besonders qualifizirte Oberfeuerwerker herangezogen werden, und damit gleichzeitig eine Ernennung der Betreffenden zu Feuerwerks-Lieutenants verbunden sein. Für die Offiziere dieser Kategorie werden besondere Uniformabzeichen eingeführt.

— Für die Zwecke der Kriegs-Marine des norddeutschen Bundes, namentlich auch für die nach Art. 43 der Bundes-Kriegsverfassung vorzunehmende Vertheilung des Ersatzbedarfs für die Flotte, ist die möglichst genaue Ermittelung der seemännischen Bevölkerung, sowie des Maschinenpersonals und der Schiffshandwerker vom 20. bis 32. Lebensjahre erforderlich. Es wird demnach bei der bevorstehenden Volkszählung im Gebiet des norddeutschen Bundes eine Aufnahme der seemännischen Bevölkerung stattfinden, und eine Uebersicht zusammengestellt werden, welche ergiebt alle im 20. bis 32. Lebensjahre stehenden a) Seeleute von Beruf (d. h. Führer und Mannschaften von norddeutschen Handels-, See- und Küstenfahrzeugen), b) See- und Küstenfischer, c) Maschinisten und Applicanten von Dampfschiffen und Lokomotiven, d) Heizer von Dampfschiffen und Lokomotiven, e) Schiffshandwerker (Schiffszimmerleute, Schiffsseiler, Ketten- und Ankerschmiede, Segelmacher u. s. w.) Bei den Seeleuten (a), sowie bei den See- und Küstenfischern sollen diejenigen freigelassen werden, welche noch 1 Jahr auf einem norddeutschen Schiffe gedient oder den Beruf als See- oder Küstenfischer ausgeübt haben.

Stralsund, 11. November. Am Sonntag, den 3. d. M., wurde der Knecht Dinse, Abends zwischen 6 und 7 Uhr, auf der Chaussee bei Hanshagen von zwei Kerlen überfallen, die den Dinse an einen Baum banden und ihn seiner Baarschaft und seiner Stiefeln beraubten. Die beiden Angreifer sollen noch von drei anderen Kerlen begleitet gewesen sein. — Am Freitag, den 8. d. M., war von einem bei Brandshagen belegenen Gute der Kutscher von seiner Herrschaft mit einem Fuhrwerke nach Stralsund geschickt worden, um diverse Einkäufe zu besorgen. Als der Kutscher von hier nach Hause zurückkehrte, wurde er Abends gegen 8 Uhr auf der Chaussee bei Andershof von vier Kerlen angefallen, von denen zwei die Pferde anhielten, während die beiden anderen ihn von seinem Wagen herabrissen und auf ihn einhieben. Der Ueberfallene wurde seiner Baarschaft, sowie sämmtlicher auf dem Wagen befindlicher Gegenstände beraubt.

Wolgast, 11. November. Das auf hier bestimmte Schiff Ernestine, Hansen, ankerte in der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. bei Thiessow mit einem Lootsen am Bord, hat jedoch, weil ihm wahrscheinlich beide Ankerketten gebrochen, flüchten müssen und ist seitdem nichts von dem Schiffe gehört.

Vermischtes.

Berlin. Wir erwähnten vor Kurzem des Aufsehens, das ein Unglücksfall erregte, der den Kassenboten eines hiesigen Hauses betroffen habe, dem der Inhalt seiner Brieftasche (ca. 4000 Thlr.) geraubt worden sei, während er in einem Hause in der Charlottenstraße von einem Schlaganfall betroffen worden sei. Es ist jetzt endlich durch einen Zufall gelungen, dem wahren Sachverhalt auf die Spur zu kommen. Der eine Kompagnon des beraubten Hauses (Gebrüder Göttinger) fand im Keller seines Hauses eine frischgegrabene Stelle, und als er nachgrub, die ganze gestohlene Summe auf Heller und Pfennig daselbst verborgen. Es wurde sofort durch die Polizei Ordre nach dem katholischen Krankenhause gegeben, wo sich der Bote in Behandlung befand, denselben festzunehmen. Es scheint, daß der Zustand des Boten ein von diesem selbst durch narkotische Mittel hervorgebrachter ist, doch war derselbe derart, daß er eine Anzahl erfahrener Aerzte täuschen konnte.

Viehmärkte.

Berlin. Am 11. November c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1131 Stück. Exportgeschäfte fanden weder nach den Rheinlanden noch nach dem Auslande statt, dennoch waren die Durchschnittspreise bei bedeutend schwächeren Zutriften als mittelmäßig zu bezeichnen, beste Qualität wurde mit 16—18 Rt., mittel 13—15 Rt., ordin. 10—12 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 3785 Stück, die Zufuhren waren im Verhältniß zum Platzbedarf viel zu stark, um mehr als nur sehr mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen zu können, selbst für beste feine Kernwaare stellten sich die Preise nur auf 16—17 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht.

An Schafvieh 2220 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr zu höheren Durchschnittspreisen aufgeräumt wurden.

An Kälbern 579, wurden zu mittelmäßigen Preisen aufgeräumt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 11. November, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Neptun, Erichsen von Marstall. Oernen, Petersen; Emma, Rickholm von Aeroskjöping. Jacob Johann, Scheel von Pernau. Wind: N. Revier $16\frac{1}{2}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. November. Witterung: schön. Temperatur Morgens + —° R. Wind: N.

An der Börse.

Weizen matter, per 2125 Pfd. loco gelber ungar. 93—95 Rt., uckerm. 100—103 Rt., oderbruch. 98—101 Rt., mährischer 97—99 Rt., bunter poln. 97—100 Rt., weißer 100—103 Rt. bez., 83—85pfd. gelber November $99\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Br., Frühjahr $99\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$, 99 Rt. bez.

Roggen schließt niedriger, pr. 2000 Pfd. loco $76\frac{1}{2}$, $77\frac{1}{2}$ Rt., feiner $78\frac{1}{2}$ Rt. bez., November $76\frac{1}{2}$, 76 Rt. bez., November-Dezember $74\frac{1}{2}$, $73\frac{3}{4}$ Rt. bez., $\frac{1}{2}$ Gd., Frühjahr $74\frac{3}{4}$, 74 Rt. bez.

Gerste loco per 1750 Pfd. Oderbruch 53 Rt. bez., Frühj. 69—70pfd. schlesische 54 Rt. bez.

Hafer pr. 1300 Pfd. loco 34, $34\frac{1}{2}$ Rt. bez., November $34\frac{3}{4}$ Rt. bez., Frühjahr 35, $35\frac{1}{2}$ Rt. bez

Erbsen loco pr. 2250 Pfd. 69—70 Rt. bez.

Rüböl behauptet, loco $10\frac{5}{6}$ Rt. bez., 11 Rt. Br., November $10\frac{19}{24}$, $\frac{5}{6}$ Rt. bez., November-Dezember 11 Rt. Br., April-Mai $11\frac{5}{12}$ Rt. Br., $11\frac{1}{3}$ Rt. Gd.

Spiritus matter, loco ohne Faß $20\frac{1}{4}$ Rt. bez., November 20 Rt. bez. u. Br., November-Dezember $19\frac{23}{24}$ Rt. bez., Frühjahr $21\frac{1}{3}$, 21 Rt. bez. u. Br.

Angemeldet: 500 Ctr. Rüböl.

Regulirungspreise: Weizen 98, Roggen $76\frac{1}{4}$, Rüböl $10\frac{5}{6}$, Spiritus 20.

Hamburg, 11. November. Getreidemarkt. Weizen loco fest gehalten, auf Termine schwächer ohne Kauflust, pr. November 5400 Pfd. netto 175 Bkothlr. Br., $174\frac{1}{2}$ Gd., pr. November-Dezember 173 Br., 172 Gd. Roggen loco sehr fest, auf Termine höher, pr. November 5000 Pfd. Brutto 132 Br., $131\frac{1}{2}$ Gd., pr. November-Dezember 130 Br., $129\frac{1}{2}$ Gd., schloß pr. November $134\frac{1}{2}$ Br., 134 Gd., pr. November-Dezember $132\frac{1}{2}$ Br., 132 Gd., bei großer Zurückhaltung der Verkäufer. Hafer behauptet. Spiritus geschäftslos, Käufer sehr zurückhaltend. Rüböl ruhig, loco $23\frac{7}{8}$, pr. Mai $24\frac{3}{4}$. Kaffee ruhig. Zink geschäftslos.

Amsterdam, 11. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, per März 302, per Mai 303. Rüböl pr. November-Dezember $37\frac{3}{4}$, pr. Mai $39\frac{3}{4}$.

London, 11. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 42,649, Gerste 9156, Hafer 64,331 Quarters.

Englischer Weizen mit Ausnahme feinster Qualitäten 1 Sh. niedriger, fremder unverändert, geringere Sorten russischer 1 Sh. billiger. Gerste 1 Sh., Hafer 1 Sh., russischer $\frac{1}{2}$ Sh. niedriger. — Nebel.